



metropolregion hamburg

Klimaschutz und Klimawandel

Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune



Foto: Stadt Ahrensburg

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Impressum

Veranstalter



Metropolregion Hamburg

AG Siedlungsentwicklung in Zusammenarbeit mit der AG Klimaschutz

Ansprechpartner:

Ernst Hansen, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein,

Abt. Landesplanung und Vermessung, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel.

Rainer Scheppelmann, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Leitstelle Klimaschutz, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg.

Konzeption, Organisation und Dokumentation



BPW Hamburg, Stadtplanung Forschung Beratung, Jochumsen Schneider GbR
Bahrenfelder Chaussee 49, 22761 Hamburg, Tel. 040 48 40 180

Bearbeitung:

Dipl. Ing. Ole Jochumsen

Mitarbeit:

Tatjana Rosengrün, Mareike Wierzoch

Moderation

Mone Böcker

raum + prozess, Kooperative Planung und Stadtentwicklung, Hamburg

Abbildungs- und Quellennachweis: Die dargestellten Fotos und Abbildungen wurden, sofern nicht anders gekennzeichnet, von BPW Hamburg erstellt.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Inhalt

1. Einführung	1
1.1. Begrüßung	1
2. Baustein 1: Grundlagen und Beispiele.....	3
2.1. Diskussion: Blick auf die Metropolregion Hamburg	8
3. Baustein 2: Handlungsansätze auf kommunaler und regionaler Ebene.....	11
3.1. Arbeitsgruppe 1: Stadt- und Regionalentwicklung: (neue) Leitbilder in Zeiten des Klimawandels?	11
3.2. Arbeitsgruppe 2: Bauleitplanung, Landschaftsplanung und andere Möglichkeiten zur Umsetzung von Klimaschutzzielen	13
3.3. Arbeitsgruppe 3: Wassermanagement und räumliche Planung	16
4. Baustein 3: Abschlussrunde: Zusammenführung und Ausblick.....	19
4.1. Input „Anpassung an den Klimawandel in der Stadt- und Regionalplanung in KLIMZUG-NORD“	19
4.2. Meinungsbild	19
4.3. Abschlussdiskussion	21
4.4. Schlusswort	23

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

1. Einführung

Als Moderatorin der Fachkonferenz begrüßt Frau Mone Böcker die Anwesenden und ist erfreut über das große Interesse an den Fragestellungen der Veranstaltung. Sie stellt den geplanten Ablauf vor, der sich aus drei Bausteinen zusammensetzt: zunächst wird eine grundlegende thematische Einführung gegeben, die auch Beispiele aus den Regionen Stockholm und Stuttgart umfasst. In einem weiteren Baustein geht es in drei Gruppen um Handlungsansätze auf kommunaler und regionaler Ebene. In der Abschlussrunde werden insbesondere mögliche Aktivitäten auf der Ebene der Metropolregion Hamburg beleuchtet.



Eindrücke von der Fachkonferenz: Plenum, Mone Böcker (Moderation), Ernst Hansen

1.1. Begrüßung

Der Leiter der AG Siedlungsentwicklung der Metropolregion Hamburg, Ernst Hansen, nennt als Ziel der Fachkonferenz zum Klimaschutz und Klimawandel eine Näherung aus der Perspektive der räumlichen Planung hinsichtlich der Konsequenzen der Klimaveränderungen für Stadt und Land. Der Anspruch sei es, möglichst konkrete Strategien zu erarbeiten. Adressaten der Überlegungen seien Politik und Verwaltung in den Kreisen und Gemeinden der Metropolregion Hamburg aber auch die staatliche Ebene der Länder.

Bereits im September 2008 wurde die Thematik des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel auf der Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg behandelt. Seitdem sind zahlreiche Aktivitäten in der Region begonnen und besser miteinander vernetzt worden. In der Metropolregion Hamburg wurde eine eigene Facharbeitgruppe Klima eingerichtet. Diese hat auch gemeinsam mit der AG Siedlungsentwicklung die Fachkonferenz initiiert und vorbereitet. Im neuen Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg, das am 1.1.2010 in Kraft tritt, ist der Klimawandel und das Klimafolgenmanagement als weiterer Schwerpunkt der regionalen Zusammenarbeit definiert.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Herr Hansen betont die Notwendigkeit, angesichts der verstärkten Begleitfekte des Klimawandels auf regionaler und lokaler Ebene tätig zu werden. Beispielfhaft nennt er die zu erwartende Zunahme von Extremwetterereignissen wie Trockenheits- und Hitzewellen, stärkere Stürme im Herbst / Winter und Starkregen sowie steigende Meeresspiegel, die steigende Hochwasserrisiken hervorrufen. Durch die Lage der Metropolregion Hamburg am Unterlauf der Elbe und in der Nähe der Nordseeküste besitzt dieser Aspekt eine besondere Relevanz.

Wichtige regionalspezifische Handlungserfordernisse seien im Handlungskonzept „Raumordnung und Klimawandel“ von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) im Juni 2009 beschlossen worden. Darin würden u.a. eine dezentrale Konzentration der Siedlungsentwicklung mit darauf abgestimmter gebündelter, linienförmiger Infrastruktur sowie der raumverträgliche Ausbau erneuerbarer Energien angestrebt. Weiterhin betont die MKRO die Notwendigkeit regionaler und länderübergreifender Zusammenarbeit, um Vermeidungs- und Minderungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen.

Als Fragestellungen für die Veranstaltung fasst Herr Hansen zusammen:

- Wie können Prozesse einer energieeffizienten Stadt- und Regionalentwicklung gesteuert werden und welche Vorbilder gibt es bereits?
- Welche ökonomischen Rahmenbedingungen und welche gesellschaftlichen Orientierungen stehen diesem Ziel entgegen? Wie kann dem begegnet werden?
- Wie lassen sich Potenziale für effiziente Energienutzung und Einsparung akteursübergreifend ermitteln und umsetzen?
- Brauchen wir ein gemeinsames Leitbild der Metropolregion Hamburg aus Sicht des Klimaschutzes im Sinne eines verbindlichen Rahmens bzw. einer gemeinsamen Anpassungsstrategie?
- Wie groß ist der Anpassungsbedarf an die Landes- und Regionalplanung aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels tatsächlich?

Herr Hansen ist überzeugt, dass verschiedene Akteure der regionalen und kommunalen Ebene gemeinsam handeln müssen, um den Herausforderungen des Klimawandels an unsere Umwelt begegnen zu können. In diesem Sinne wünscht er den Teilnehmenden gutes Gelingen.

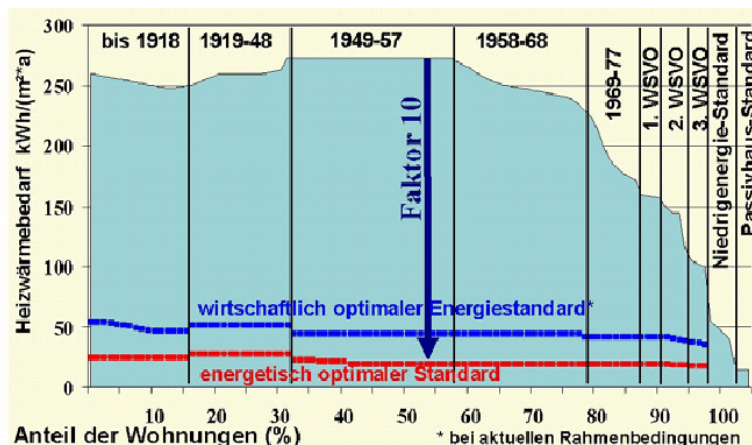
2. Baustein 1: Grundlagen und Beispiele

Planen und Bauen für Klimaschutz und Klimawandel – Herausforderungen für die Handlungsebenen Region und Kommune Prof. Dr. Mathias Koziol, BTU Cottbus

Herr Prof. Dr. Mathias Koziol stellt zunächst einige Grundlagen und relevante Aktivitäten in der Stadt- und Regionalplanung vor. Anschließend fasst er Erfahrungen aus seiner Forschungstätigkeit zusammen und erläutert einige Beispiele aus verschiedenen bundesdeutschen Städten.

Als Chancen einer energetischen Stadterneuerung als einem Handlungsfeld des Klimaschutzes in der Stadtplanung benennt er generell die Reduzierung des Energiebedarfs und damit die Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Durch die wachsenden Anteile der Energiekosten an den Warmmieten sei eine energetische Erneuerung wesentlich, um Wohnungsbestände dauerhaft vermietbar zu halten und Stadtquartiere zu stabilisieren. Energieeinsparpotenziale lägen vor allem in Wohnungsbeständen der Baujahre vor 1978. Energetische Stadterneuerung stelle unter bestimmten Bedingungen einen Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe dar, wenn z.B. lokale regenerative Energie vermehrt genutzt wird.

Ein Risiko liege bei der energetischen Stadterneuerung immer in der Fehlinvestition in nicht marktgängige Wohnungsbestände. Erneuerungskonzepte müssten daher immer mit regionalen bzw. gesamtstädtischen Entwicklungskonzepten im Einklang stehen. Auch Kapazitäten bestehender Systeme der kommunalen Energieversorgung sollten bei der Erneuerung mitbetrachtet werden, um möglichst effizient zu handeln. Sinkende Energieverbräuche verteuerten unter Umständen die Kosten pro Verbraucher. Stolpersteine für Klimaschutzmaßnahmen in der Bestandsentwicklung lägen oftmals in der Unvereinbarkeit von energetischer Sanierung, Stadtbild, Denkmalschutz und Vermietbarkeit.



Energieeinsparpotenziale im Wohnungsbestand
(Quellen: AREHNA, 1993, IWU 1994, BAK 1995, Schulze Darup 1998/2000)

Am Beispiel von Modellprojekten in Sachsen-Anhalt und Brandenburg nennt Herr Prof. Dr. Koziol zwei grundsätzlich unterschiedliche Herangehensweisen von Städten und Gemeinden an Klimaschutzmaßnahmen: In einer „Top Down“-Strategie wird zunächst ein energetisches Fachkonzept – in der Regel als Teil eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts – im Sinne einer Gesamtbilanz erstellt. Auf dieser Grundlage werden anschließend Maßnahmen und Projekte entwickelt und umgesetzt. In einer „Bottom Up“-Strategie dagegen würden in erster Linie zunächst Maßnahmen und Projekte realisiert. Vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen entstehen anschließend übergeordnete Aussagen in energetischen Fachkonzepten im gesamtstädtischen Kontext.

In seinem Fazit benennt Herr Prof. Dr. Koziol folgende Erfolgsfaktoren für Stadt- und Regionalplanung im Klimawandel:

- Konzepte müssten stets örtlich und regional differenziert betrachtet werden. Die Ausgangsbedingungen von Siedlung und Freiraum, Gebäuden und Infrastruktur sind z.T. sehr unterschiedlich.
- Die Gesamtbilanz des Maßnahmenpakets dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Wirkungszusammenhänge auf gesamtstädtischer und regionaler Ebene müssten bei kleinteiligen Maßnahmen immer bedacht werden.
- Angesichts vorprogrammierter Zielkonflikte müssten vielfältige Akteure aus Planung, Wohnungs- und Versorgungswirtschaft bereit und in der Lage sein, langfristig und konsequent mitzuwirken. Nachhaltige Erfolge sind nur in Zusammenarbeit zu erzielen.

Die ambitionöse Klimaarbeit in der Region Stockholm – Regionalplanung als wichtiger Beitrag

Michael Viehhauser, Regionalplanekontoret Stockholm

Einen Erfahrungsbericht aus der Praxis der Regionalplanung in der Region Stockholm gibt Herr Michael Viehhauser. Zum Einstieg stellt er die Region Stockholm mit ihren 2 Mio. Einwohnern in 26 Städten und Gemeinden als eine vom Dienstleistungssektor geprägte Region vor. Das Regionalplanungsamt verfügt über umfangreiche Mittel für Personal und Forschung, eigene Investitionsmittel stehen dagegen nicht zur Verfügung.

In einigen Feldern sei Schweden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern Vorreiter beim Klimaschutz. So wurde bereits im Jahre 1991 eine CO₂-Steuer eingeführt, Schweden habe EU-weit mit 40% den höchsten Anteil erneuerbarer Energien. Dagegen stehe der höchste Pro-Kopf-Energieverbrauch aller EU-Länder. Wind- und Sonnenenergie würden bislang kaum genutzt und Schweden habe den ältesten und durstigsten Pkw-Bestand.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Mit dem regionalen Entwicklungsplan für Stockholm (RUF 2010) werden klimarelevante Ziele festgelegt, wie z.B. die Sicherung und Entwicklung der Energieversorgung mit dem Ziel einer Emissionsminderung, obwohl die Region von weiterem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum ausgeht. Ein wesentliches Ziel ist zudem die Trendwende im Verkehrsbereich zugunsten des Umweltverbands. Auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist Gegenstand der Regionalplanung.

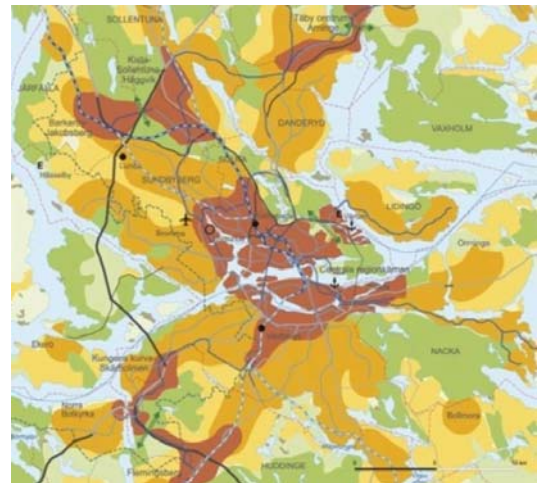
Als Beispiel zur Umsetzung der Ziele nennt Herr Viehhauser zunächst die nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung. Ausgangspunkte für die weitere Siedlungstätigkeit ist die polyzentrische Struktur und eine konsequente Ausrichtung von Neubauflächen an den vorhandenen Trassen des öffentlichen Nahverkehrs. Die Fahrzeuge des ÖPNV würden bis 2025 gänzlich ohne fossile Rohstoffe auskommen, bereits heute seien 40% der Busse biogas- oder bioethanolbetrieben. Mit dem Ziel einer Reduzierung von Staus wurde im Jahre 2007 eine regionale Straßensteuer eingeführt, von der emissionsarme Fahrzeuge befreit sind. Damit wurde der motorisierte Verkehr in die Innenstadt um 20% reduziert, die Staus wurden seltener und kürzer und bei den Neuzulassungen stieg der Anteil emissionsarmer Fahrzeuge deutlich. Für den Bereich der technischen Infrastruktur nennt Herr Viehhauser die Maßnahmen im Fernheizungssystem, das bis 2020 fossilfrei sein soll. Bereits heute stammt 70% der Energie aus Biomasse.

Als wesentliche Aufgaben der Regionalplanung nennt er eine Sensibilisierung und Beratung der Kommunen für nachhaltige räumliche Planung. Klare Ziele, die sich quantifizieren und messen lassen, würden dabei die Arbeit in allen Handlungsfeldern erleichtern. Die Regionalplanung könne weiterhin koordinierend zur Umsetzung von Klimaprojekten beitragen. Schwerpunkte in der Region Stockholm sind dabei die integrierte Energieversorgung, Förderung regenerativer Energien und Maßnahmen im öffentlichen Nahverkehr.

Rückfragen zum Vortrag:

Auf Nachfrage erläutert Herr Viehhauser, wie sich die Biomasse zusammensetzt, mit der schon heute große Teile der regionalen Energieversorgung erfolgen: Im Wesentlichen werde Holz verwendet, z.T. aus Abfällen der Papierwirtschaft. Kleinere Anteile werden importiert, so z.B. Olivenkerne aus Italien.

Neue Siedlungsflächen in der Region könnten überwiegend auf Konversionsflächen entstehen, angestrebt wird eine dabei recht hohe bauliche Dichte mit überwiegenden Anteilen als Geschosswohnungsbau.



Region Stockholm: Modell der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung (Quelle: M. Viehhauser)

Aktivitäten in den Feldern Klimaschutz und Klimawandel der Region Stuttgart

Thomas Kiwitt, Verband Region Stuttgart

Hans Schmid, Bürgermeister Stadt Ludwigsburg

Herr Thomas Kiwitt, Verband Region Stuttgart, stellt zunächst die sechs Kreise umfassende Region Stuttgart vor. Als besondere Herausforderungen nennt er die erwartete Erwärmung im Zusammenhang mit der topographischen Besonderheit der „Kessellage“ Stuttgarts. Eine insgesamt hohe bauliche Dichte und anhaltende Siedlungstätigkeit habe bereits zu deutlichen Einschränkungen des Naturraums geführt. Wohn- und Gewerbegebiete seien in den letzten Jahrzehnten oftmals in den Flussniederungen entstanden.



Ausschnitt der Region Stuttgart (Quelle: Verband Region Stuttgart)

Als wesentliche Handlungsfelder der Region nennt er die Wirtschaftsförderung, den Nahverkehr, die gemeinsame Regionalplanung und die übergeordnete Landschaftsplanung. Ein Aspekt der Wirtschaftsförderung sei z.B. das Modellvorhaben Elektromobilität, in dem gemeinsam mit der Autoindustrie alternative Antriebsformen erprobt würden. Das Netz der S-Bahn werde aktuell weiter ausgebaut und der Wagenpark von Bus und Bahn umweltfreundlicher gestaltet. Eine laufende Verbesserung des Angebots und Komforts des ÖPNV trage dazu bei, dessen Anteile noch zu steigern.

Eine wichtige Aufgabe der Regionalplanung sei es, die Siedlungstätigkeit, vor allem in den Feldern Wohnen, Gewerbe und Handel, konsequent auf zentrale Orte und vorhandene Siedlungsachsen zu begrenzen. Hierbei ginge es vor allem um die verbindliche und stringente Anwendung vorhandener Leitbilder und Pläne.

Mit dem Klimaatlas wird vom Verband Region Stuttgart eine laufende Beobachtung relevanter Klimafaktoren vorgenommen, die eine wichtige Planungs- und Argumentationsgrundlage für die Kommunen darstellen.

Zur Sicherung und Entwicklung übergeordneter Frei- und Landschaftsräume wurden Masterpläne entwickelt, die nach und nach in interkommunaler Zusammenarbeit umgesetzt werden.

Abschließend betont Herr Kiwitt, dass Klimaschutz nicht an den Regionsgrenzen endet und verweist auf den regelmäßigen Austausch der Region Stuttgart mit Nachbarregionen und Erfahrungsaustausche auf nationaler und internationaler Ebene.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Herr Bürgermeister Hans Schmid berichtet von Aktivitäten in der Stadt Ludwigsburg (84.000 Einwohner) im Kontext der Region Stuttgart. Er betont die enge Verzahnung von nachhaltiger Stadtentwicklung und Klimaschutz. Alle klimabezogenen Maßnahmen und Projekte seien eingebettet in das Stadtentwicklungskonzept, das im intensiven Dialog mit Politik, Verwaltung und Bürgern erarbeitet wurde.

Strategische Ziele im Themenfeld Energieversorgung lauten u.a. die energetische Optimierung von (öffentlichen) Gebäuden sowie unabhängige Energiekonzepte mit Förderung von nachwachsenden Energieträgern aus der Region. Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz sieht Herr Schmid zudem bei der Beratung von Privateigentümern und in einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit. Eine Erstberatung von privaten Immobilieneigentümern zur energetischen Sanierung wird kostenlos angeboten.

Zudem soll über Leuchtturmprojekte beispielhaft demonstriert werden, wie im Sinne des Klimaschutzes geplant und gebaut werden kann. Ein Leuchtturmprojekt ist das ENERGETIKOM, ein Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign, in dem u.a. Forschung und Entwicklung betrieben wird. Eine weitere Säule ist die Lehre sowie Aus- und Weiterbildung.

Zwei ehemals militärisch genutzte Flächen werden aktuell zu Wohnquartieren umgenutzt, dabei seien jeweils Energiekonzepte mit hohem Anteil regenerativer Energien und dezentraler Wärmeversorgung entwickelt worden. Die energetischen Standards für die Gebäude (mind. KfW 60) wurden verbindlich festgesetzt.



Konversionsfläche „Sonnenberg“: Bestand und Energiekonzept (Quelle: Stadt Ludwigsburg)

Rückfragen zum Vortrag:

Die Referenten aus der Region Stuttgart werden gebeten, etwaige Konflikte zwischen Region und Kommunen zu benennen. Herr Kiwitt bewertet die Zusammenarbeit als grundsätzlich sehr partnerschaftlich und kooperativ. Interessenskonflikte treten allerdings in Gemeinden auf, die in den Achsenzwischenräumen liegen und Entwicklungsabsichten verfolgen, die nicht im Sinne der Regionalplanung sind.

2.1. Diskussion: Blick auf die Metropolregion Hamburg



In der anschließenden Diskussionsrunde werden Aspekte aus den Vorträgen aufgegriffen, vertieft und auf ihre Übertragbarkeit auf die Metropolregion Hamburg hin überprüft.

Leitbilder der Regionalplanung und Planungspraxis

Zum Einstieg fasst Frau Herrmann, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg, ihre Eindrücke zusammen. Sie begrüßt den Austausch zwischen den Regionen ausdrücklich und stellt fest, dass auch in den Regionen Stuttgart und Stockholm bewährte regionalplanerische Prinzipien angewandt werden. Die Ausrichtung der Siedlungstätigkeit an schienengebundenen Verkehrsachsen oder eine konsequente Orientierung an einem Zentrale-Orte-System seien tragfähige Beiträge zum Klimaschutz.

Zusammenhänge zwischen Siedlungsentwicklung, Energieversorgung und technischer Infrastruktur müssten allerdings noch stärker in die Planungspraxis für Region und Kommune einfließen.

Herr Prof. Dr. Koziol stellt am Beispiel ostdeutscher Regionen fest, dass durch eine ungeordnete Siedlungsentwicklung in kürzester Zeit gewachsene, kompakte Strukturen zerstört werden können. Die Suburbanisierung und Standortentscheidungen zum großflächigen Einzelhandel in nichtintegrierten Lagen würden immense Verkehre nach sich ziehen. Vor diesem Hintergrund sei auch in wachsenden Regionen wie Hamburg oder Stuttgart eine restriktive Steuerung der Siedlungsentwicklung vor allem im Umland bedeutsam.

Zentrale Orte im eher ländlich geprägten Umland zu fördern, ist nach Auffassung von Herrn Kiwitt dabei eine wesentliche Aufgabe. Angesichts von Tragfähigkeitsrisiken vorhandener Infrastruktur im Umland müssten derartige Orte im Sinne einer dezentralen Konzentration gesichert werden.

Vor diesem Hintergrund stellt Herr Prof. Dr. Knieling, HafenCity Universität Hamburg, die Frage in den Raum, ob für die Metropolregion Hamburg der Regionalplanung eine stärkere Rolle zugewiesen werden müsse, um Siedlungsentwicklung auch im Hinblick auf den Klimaschutz stärker steuern zu können.

Herr Prof. Dr. Koziol hält die planerischen Leitbilder, Planwerke und Instrumente im Allgemeinen für ausreichend, Regionalpläne hätten im Großen und Ganzen bereits einen recht restriktiven Ansatz im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung. In Einzelfallentscheidungen käme es jedoch auf starke

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Planer und standhafte Entscheidungsträger in der Politik an, um diese Prinzipien auch konsequent anzuwenden.

Herr Viehhauser weist auf den besonderen Charakter der Regionalplanung im Großraum Stockholm hin, die keine Verbindlichkeit für die einzelnen Kommune auswirken könne. Um so wichtiger sei es für die Regionalplaner, Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten, was nach seiner Auffassung gute Erfolge mit sich bringe.

Umsetzung auf kommunaler Ebene

Nach Auffassung von Herrn Schmid bieten regionale Kooperationen auch die Plattform für interkommunale Zusammenarbeit im Sinne von Ressourceneffizienz und -einsparung. Ludwigsburg habe inzwischen einige Ansätze und Projekte gemeinsam mit einzelnen Nachbargemeinden auf den Weg gebracht, um bei der Energieversorgung von Inselösungen wegzukommen und gemeindeübergreifende Netze zu schaffen.

Auch Herr Kiwitt hebt die Bedeutung von bi- oder trilateraler interkommunaler Zusammenarbeit hervor. Generell blieben Inhalte der Regionalplanung übergeordnet und abstrakt, erst vor Ort könnten sie mit Leben in Form konkreter Projekte gefüllt werden. Der „Charme“ gelungener, guter Beispiele in den Städten und Gemeinden könne wiederum Anregungen für andere Kommunen der Region auslösen.

Mobilitätskonzepte als Beitrag zum Klimaschutz

Als ein geeignetes Handlungsfeld der Regionalplanung erachten verschiedenen Teilnehmer verkehrsplanerische Strategien und Maßnahmen.

Herr Teichmann, Kreis Pinneberg, weist auf das kreisweite Mobilitätskonzept hin, in dem u.a. Strategien zur Verkehrsvermeidung und zur Stärkung des Umweltverbundes erarbeitet werden. Leider sei es bislang nicht gelungen, derartige Ansätze auf die Ebene der Metropolregion Hamburg zu heben.

Frau Herrmann sieht durchaus Chancen, Fragen der Mobilität stärker in die Handlungsfelder der Metropolregion Hamburg einzubringen und ermuntert die Kreise und Kommunen Konzepte und Maßnahmenvorschläge zu entwickeln.

Herr Kiwitt berichtet von einer Diskussion in der Region Stuttgart über eine Citymaut. In der Einführung einer Zufahrtsbeschränkung würde ein Widerspruch zum Ziel der Stärkung innerstädtischer Einrichtungen gesehen. Auswirkungen einer Citymaut müssten daher geprüft werden; flankierend sei beispielsweise eine Förderung des ÖPNV unverzichtbar, um das Umsteigen vom Individualverkehr zu begünstigen.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Weitere Handlungsansätze und Aspekte aus der Diskussion

Um Aussagen zur Effektivität von Maßnahmen des Klimaschutzes zu erlangen, ist nach zusammenfassender Einschätzung von Frau Herrmann eine wissenschaftliche Beratung und Begleitung wichtig, dies zeige insbesondere der Beitrag von Herrn Prof. Dr. Koziol. Gerade angesichts vieler kleinerer Projekte und Initiativen vor Ort sei es wichtig, übergeordnete Strategien und Einflussmöglichkeiten in der Metropolregion im Blick zu behalten.

Als ein entscheidendes Handlungsfeld im Klimaschutz nennt Frau Herrmann zudem die Bestandsentwicklung. Gute Beispiele für Neubauquartiere und -projekte liegen vor. Auf regional- und stadtplanerischer Maßstabsebene mangelt es jedoch an Strategien und Beispielen für klimagerechten Quartiersumbau.

3. Baustein 2: Handlungsansätze auf kommunaler und regionaler Ebene

3.1. Arbeitsgruppe 1: Stadt- und Regionalentwicklung: (neue) Leitbilder in Zeiten des Klimawandels? Gesprächsleitung: Ute Herrmann, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Im Mittelpunkt der ersten Arbeitsgruppe stehen Leitbilder der Stadt- und Regionalentwicklung. Angesichts des Klimawandels stellt sich die Frage, inwieweit bisherige Leitbilder und Instrumente ausreichen, um wirksame Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Damit verbunden wird die Frage, ob eine Neuausrichtung der Planung für Region, Kommune und Quartier nötig ist.

Input „Der Beitrag der Raumordnung“

Herr Guido Sempell, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg, gibt einen Überblick zu Handlungsstrategien und Instrumenten der Raumordnung und der Landes- und Regionalplanung. Ein wesentlicher Ausgangspunkt sind für ihn dabei Veröffentlichungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), insbesondere das aktuelle Handlungskonzept „Raumordnung und Klimawandel“.

Er fasst die zahlreichen Handlungsansätze zusammen und kommt zu folgenden Schlüssen: Raumordnung und Regionalplanung solle die gegebenen Möglichkeiten zur Steuerung wahrnehmen und Fachpolitiken stärker koordinieren. Formelle und informelle Instrumente hätten gleichermaßen Potenziale zur Steuerung der Raumentwicklung. Es könnten verstärkt klimarelevante Festsetzungen getroffen werden und laufend auf ihre Wirksamkeit hin geprüft werden. Instrumente zur Reduzierung des Flächenverbrauchs seien vorhanden, sie müssten jedoch geschärft werden, z.B. in einer konsequenten Anwendung des Zentrale-Orte-Systems. Ein weiterer wesentlicher Ansatzpunkt sei die Verkehrsvermeidung durch verschiedene Instrumente, Verfahren und Techniken. Generell gehe es darum, Informationsdefizite über Folgen des Klimawandels im Zusammenhang mit Stadt- und Regionalplanung abzubauen.

Input „Handlungsspielraum am Beispiel des Landkreises Lüneburg“

Herr Burkhard Kalliefe, Landkreis Lüneburg, gliedert seinen Beitrag, indem er zunächst „harte“ Instrumente der Regionalplanung nennt bevor er einige „weiche“ Handlungsansätze darstellt. In den Entwurf des neuen Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Landkreis wurden z.B. Vorrangflächen für Windenergie, Eignungsgebiete für Biomassenanlagen und zu erhaltende Waldflächen als Festlegungen zum Klimaschutz aufgenommen. Das RROP ist der erste Regionalplan in der Metropolregion Hamburg, der Klimaschutzziele systematisch aufnehme. Zur Anpassung an den Klimawandel zäh-



Typische Siedlungsstruktur in Metropolregionen (Quelle: G. Sempell)

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

len die Erhaltung von Grünstrukturen sowie Gebiete für Hochwasserschutz. Weitere Beiträge zum Klimaschutz liegen in übergeordneten, „klassischen“ Zielen und Leitbildern wie der Ausrichtung auf zentrale Orte, Begrenzung der nichtzentralen Orte auf Eigenentwicklung oder die Steuerung des großflächigen Einzelhandels.

Zu den „weichen“ Ansätzen zählt Herr Kalliefe z.B. eine Beratung der Kommunen im Sinne einer Förderung von Innenentwicklung und kompakter Baustrukturen, u.a. um den ÖPNV zu begünstigen und siedlungs- und baustrukturelle Rahmenbedingungen für einen effizienten Energieeinsatz zu fördern.

Diskussion

Zunächst wird die Frage behandelt, inwieweit auf Landesebene Leitbilder und Zielformulierungen zum Klimaschutz bereits Eingang in die Planwerke gefunden haben. Für den Entwurf zum Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein werde aktuell diskutiert, in welchen Punkten und in welcher Form Klimaschutzziele stärker aufgenommen werden können. Im niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm seien Klimaschutzaspekte noch nicht explizit benannt; in die anstehende Änderung sollen entsprechende Inhalte jedoch stärker einfließen.

Die Frage, ob für die Metropolregion Hamburg ein gemeinsamer Regionalplan wesentlich wäre, um Klimaschutzziele zu erreichen, wird kontrovers diskutiert. Eine steuernde Funktion eines solchen Planwerks wäre denkbar, insgesamt wird eine politische Mehrheit für eine derartige strukturelle Neuordnung der Regionalplanung in der MRH auf absehbare Zeit als unwahrscheinlich betrachtet.

Wichtige Grundlagen für die Planung in der Region seien Rauminformationen über klimarelevante Parameter, der Klimaatlas der Region Stuttgart sei ein gutes Beispiel für eine laufende Raumb Beobachtung. Dabei müsse es das Ziel sein, die Informationen zum Klimawandel bis auf die Ebene der Kreise und möglichst auch der Gemeinde herunterzubrechen.

Als vordringliche Frage der übergeordneten Maßstabsebene der Regionalplanung wird die Steuerung der Siedlungsentwicklung genannt. Hier gelte es, die Zusammenhänge zur Mobilität, zur technischen und zur sozialen Infrastruktur zu betrachten. Der Aspekt der Folgekosten von Siedlungsentwicklung könne genutzt werden, um Klimaschutzzinhalte zu transportieren. Auch auf der Ebene der Bestandsentwicklung und energetischen Gebäudesanierungen seien Kosteneinsparungen meist schlagkräftige Argumente gegenüber politischen Entscheidungsträgern und Privateigentümern.

3.2. Arbeitsgruppe 2: Bauleitplanung, Landschaftsplanung und andere Möglichkeiten zur Umsetzung von Klimaschutzzielen Gesprächsleitung: Ursel Lünsmann-Pielke, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

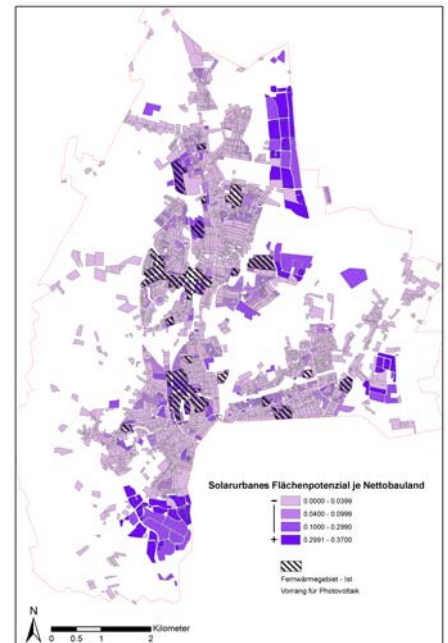
Inhaltlicher Schwerpunkt der zweiten Arbeitsgruppe sind Instrumente zur praktischen Umsetzung von Klimaschutzzielen auf der Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden.

Input „Handlungsmöglichkeiten zur Umsetzung von Klimaschutzzielen – Beispiel: Stadt Norderstedt“

Frau Claudia Takla-Zehrfeld, Stadtverwaltung Norderstedt, stellt die Aktivitäten und Rahmenbedingungen der Norderstedter Stadtentwicklung vor. Aktuell werden drei gesamtstädtische Konzepte erstellt: das Wohnungsmarktkonzept, das integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK 2030 und ein klimaschutzorientiertes Energiekonzept. Bei der Erarbeitung wird ein integrierter Ansatz verfolgt; die Konzepte sollen möglichst stark ineinandergreifen.

Bereits im Jahre 1995 hatte die Stadtvertretung eine CO₂-Reduktion beschlossen. Bisherige Aktivitäten waren insbesondere die Energieversorgung öffentlicher Gebäude, die Fernwärmestrategie der Stadtwerke, Beratungsleistungen für Privateigentümer und Sanierungen in den Beständen der Wohnungsunternehmen. ISEK und Wohnungsmarktkonzept definieren darüber hinaus noch folgende Handlungsspielräume: Ausschöpfen des Nachverdichtungspotenzials, effiziente Energieerzeugung und Energieversorgung sowie eine klimafreundliche Mobilität. Hierzu zeigt Frau Takla-Zehrfeld Projektbeispiele.

Das Energiekonzept befindet sich noch in der Bearbeitung, es konzentriert sich auf Energieeinsparpotenziale im Gebäudesektor. Potenziale zum Einsatz erneuerbarer Energien werden ermittelt und dargestellt. Im Ergebnis sollen Prioritäten festgelegt werden und Maßnahmen auch in den Bebauungsplänen verankert werden.



Auszug aus dem Energiekonzept:
Solarurbanes Flächenpotenzial
(Quelle: Stadt Norderstedt)

Input „Klimaschutz in der Bauleitplanung“

Herr Reinhard Schier, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg, gibt einen Überblick über die Möglichkeiten zur Umsetzung von Klimaschutzzielen in der Bauleitplanung. Er betont, dass Klimaschutz in der Bauleitplanung einen Belang in der Abwägung darstelle. Auch andere Belange wie zum Beispiel die wirtschaftliche Zumutbarkeit von Festsetzungen spielten immer in der Abwägung der Gemeinde eine Rolle.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Das Baugesetzbuch biete eine Reihe von Ansatzpunkten für Klimaschutzbelange, beispielsweise in den §§ 1 und 9. Dabei sei Klimaschutz als Teilaspekt des Umweltschutzes zu verstehen. Festsetzungen in Bebauungsplänen erforderten in der Regel ein gemeindliches Konzept zum Klimaschutz, um nicht willkürlich zu wirken. Neben dem BauGB seien eine Reihe bundesrechtlicher und landesrechtlicher Gesetze und Regelungen relevant. Generell gelte, dass Regelungen sich auf Neubaumaßnahmen beziehen; bislang hätten Fragen der Bestandsentwicklung noch wenig Einfluss genommen.

Der Bund bereitet zurzeit eine Novelle des BauGB vor, in der Klimaschutz stärker Berücksichtigung finden soll. Einschlägige Normen würden laufend überprüft und angepasst (z.B. EnEV). Auch das Hamburgische Klimaschutzgesetz (HmbKliSchG) sei derzeit in Überarbeitung.

Insbesondere Regelungen in städtebaulichen Verträgen seien grundsätzlich ein gangbarer Weg, um Klimaschutzziele bei städtebaulichen Planungen und Bauvorhaben zu verankern.

Input „Klimaschutz und Klimawandel – Beiträge einer unteren Naturschutzbehörde“

Herr Burkhard Jäkel, Landkreis Lüneburg, beleuchtet die Handlungsspielräume im Rahmen seiner praktischen Arbeit in der unteren Naturschutzbehörde. Dabei unterscheidet er klassische, eher sektorale Ansätze und fachübergreifende, integrative Ansätze.

Zu den „Klassikern“ zählt er Landschafts- und Bauleitplanung, in die Belange des Klimaschutzes in einem gewissen Grad einfließen können. Auch Herr Jäkel bezieht sich auf das Abwägungsgebot, in der Praxis seien Belange des Klimaschutzes oftmals gegenüber anderen Belangen schwach. Eingriffs- und Ausgleichsregelungen böten weitere Handlungsspielräume für den Klimaschutz. Schutzgebiete würden nach seiner Auffassung oftmals recht statisch aufgefasst.

Integrierte Ansätze sollten künftig ein noch stärkeres Gewicht erlangen. Dazu werden Kooperationen mit anderen Behörden und Fachbereichen eingegangen, auch Kooperationen mit NGOs seien von Bedeutung. Derartige Ansätze würden jedoch kritisch beäugt, da sie nicht zu den Pflichtaufgaben der unteren Naturschutzbehörde zählen. Angesichts knapper werdender Mittel werde die Möglichkeit, integriert zu arbeiten, zunehmend eingeschränkt.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Diskussion

Wesentliche Thesen und Aussagen der Diskussion in der Arbeitsgruppe sind folgende:

Bauleitplanung und formelle Instrumente der Landschaftsplanung sind Bausteine zur Umsetzung von Klimaschutzzielen. Informelle Instrumente wie Leitbilder und Rahmenpläne leisten ebenfalls wichtige Beiträge. Ein weiteres Beispiel für Regelungsmöglichkeiten stellen städtebauliche Verträge dar.

Kommunalverwaltungen könnten eine moderierende Rolle ausfüllen, um relevante Akteure z.B. aus der Wohnungswirtschaft, Vertreter der Stadtwerke oder anderer Ver- und -entsorgungsbetriebe in Fragen des Klimaschutzes und zur Entwicklung von Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels einzubinden.

Einem Kommunikationskonzept wird für die Überzeugungsarbeit vor Ort eine große Bedeutung zugeschrieben. Stadtentwicklungskonzepte und kommunale Klimaschutzkonzepte müssten möglichst allgemeinverständlich ausgerichtet sein und möglichst konkrete Argumente für die Aktivierung von Mitstreitern und bottom-up-Aktivitäten liefern.

Bedeutend wird die Entwicklung von Visionen und Leitbildern für die Metropolregion eingeschätzt, auf dessen Grundlage möglichst verbindliche Konzepte und Maßnahmen für Region und Gemeinden abgeleitet werden können.

3.3. Arbeitsgruppe 3: Wassermanagement und räumliche Planung

Gesprächsleitung: Rainer Scheppelmann, Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt Hamburg

Zusammenhänge zwischen räumlicher Planung und Wassermanagement werden als wesentliches Handlungsfeld für die Metropolregion Hamburg aufgefasst. Ausgangspunkte der Diskussion sind u.a. zu erwartende häufigere Starkregen und längere Trockenphasen und resultierende Konsequenzen für die räumliche Planung in den Städten und Gemeinden der Metropolregion.

Input „RISA –RegenInfraStrukturAnpassung“

Herr Wolfgang Meier, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg, nennt als Herausforderung für das Regenwassermanagement steigende Wassermengen je Starkregenereignis. Wichtige weitere Ausgangspunkte seien die im Zusammenhang mit der „Wachsenden Stadt“ weiter steigende Flächenversiegelung und die durch den Klimawandel bedingte Zunahme der Niederschlagsmengen und -häufigkeiten.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurde das Projekt RISA initiiert, in dem fach- und behördenübergreifend Lösungen für das Regenwassermanagement erarbeitet werden. Grundsätze seien: Die weitere Siedlungstätigkeit dürfe nicht zu Lasten der Gewässer gehen. Insbesondere solle ein anhaltender Flächenverbrauch nicht zu einer weiteren Einschränkung der Auen führen. Trotz zunehmender Versiegelung sei es Ziel, den Abfluss durch möglichst ortsnahen Lösungen für das Regenwassermanagement zu begrenzen.

Input „Anforderungen an eine integrierte Planung im ländlichen Raum zur Sicherung des Wasserkreislaufes“

Herr Dr. Thomas Haarhoff, Kreis Stormarn, stellt zunächst die Eckdaten des Kreises Stormarn vor. 1.300 km Gewässer, davon etwa 25% verrohrt, durchziehen den Kreis an der Wasserscheide von Nord- und Ostsee. Auf der Entwicklungsachse Hamburg-Lübeck sei die Siedlungsaktivität in den Bereichen Wohnen und Gewerbe hoch. Damit verbinde sich ein großer Naherholungsdruck an den Gewässern.

Im Kreis Stormarn sei eine integrierte Planung im Sinne einer nachhaltigen Gewässerentwicklung entstanden. Dazu zählten u.a. die Gewässerentwicklungskonzepte aus dem Jahre 2000 sowie die Arbeitsgruppen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, in denen eine Planung „von unten nach oben“ unter Beteiligung wesentlicher Akteure erfolgte (ehrenamtlicher Naturschutz, Landwirtschaft, Gemeinden).

Herr Dr. Haarhoff appelliert an eine frühzeitigere Beteiligung der wasserwirtschaftlichen Fachplaner und -behörden bei der Konzeption von Bauprojekten.

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Input „Wassermanagement und räumliche Planung“

Frau Elke Kruse, HafenCity Universität Hamburg, stellt erste Ansätze der Forschungsgruppe Ressource Efficiency in Architecture and Planning (REAP) vor, die Teil des Vorhabens KLIMZUG-NORD ist. Fragen für die Forschungsgruppe im Zusammenhang mit der Regenwasserbewirtschaftung lauten:

Wie geeignet sind bestehende Maßnahmen für den Umgang mit Starkregenereignissen, aber auch für längere Trockenperioden? Wie können diese Maßnahmen angepasst werden? Was gibt es für zusätzliche Möglichkeiten, mit den vermehrten Regenwassermengen umzugehen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Planung in der Metropolregion?

Das Ziel sei eine Entwicklung von integrativen Konzepten für verschiedene Stadtstrukturen, gemeinsam mit der Stadt- und Freiraumplanung und dem Naturschutz. Ökonomische, ökologische und soziale Aspekte der Planung sollen dabei Berücksichtigung finden.

Als einen Lösungsansatz, um Siedlungsgebiete vor unkontrollierten Überflutungen bei Starkregenereignissen zu schützen, stellt Frau Kruse multifunktionale Räume vor. Bei diesem Konzept werden Bereiche ausgewählt, die vorübergehend geflutet werden können. Anhand von bereits gebauten Beispielen aus Hamburg, Lübeck und Potsdam veranschaulicht sie, dass beispielsweise Sport- und Grünflächen bzw. Verkehrsflächen diese Aufgabe übernehmen können.

Input „Energie im Quartier – Hamburg Water Cycle®“

Herr Dr. Kim Augustin, Hamburg Wasser, liefert einige Thesen und Beispiele zur Wasserver- und -entsorgung im urbanen Raum und listet Rahmenbedingungen auf, die sich laufend ändern. Insgesamt sinken beispielsweise der Trinkwasserbedarf in Deutschland und das Steueraufkommen der Kommunen durch den demographischen Wandel, dies gehe mit einer Verschlechterung der Netze und Anlagen einher.

Handlungsansätze sieht Herr Dr. Augustin in einem Paradigmenwechsel hin zu einem Kreislaufdenken, bei dem Regen- und Abwasser als Ressource begriffen wird. Synergien zwischen den Infrastruktursektoren können stärker genutzt werden und gemeinsam mit einem Einsatz neuer Technologien zu mehr Effizienz bei der Wasserver- und -entsorgung führen.

Bei der Konversion der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg-Jenfeld werden beispielhafte Maßnahmen des Regen- und Abwassermanagements entwickelt und erprobt, z.B. eine Trennung des Schwarzwassers vom Regenwasser zugunsten einer Biomasseverwertung vor Ort. Ziele für das Modellquartier sind u.a. eine Wärmeautarkie, die CO₂-Neutralität des Quartiers und die Auffassung des Regenwassers als gestaltendes Element.



Modellprojekt Lettow-Vorbeck-Kaserne Hamburg-Jenfeld
(Quelle: Hamburg Wasser)

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Diskussion

Eine kurze Diskussion schließt sich an die Vorträge an: Als gemeinsamer Nenner aller Beiträge wird der Wunsch festgehalten, räumliche Planung und Fragen des Wassermanagements so früh wie möglich zu verknüpfen.

Der Umbau bestehender Systeme zur Wasserver- und -entsorgung würde Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Daher sei es umso wichtiger, Spielräume, die sich heute bieten, auch zu nutzen, um möglichst nachhaltige Planungen und Maßnahmen zu entwickeln.

Auf der Ebene der Metropolregion Hamburg und ihrer Facharbeitsgruppen könne vor allem auf interdisziplinäres Denken und Zusammenarbeiten geachtet werden. Laufend gehe es darum, innovative Ansätze zu entwickeln, zu erproben und den regionalen Erfahrungsaustausch weiter zu pflegen.

4. Baustein 3: Abschlussrunde: Zusammenführung und Ausblick

4.1. Input „Anpassung an den Klimawandel in der Stadt- und Regionalplanung in KLIMZUG-NORD“



Herr Thomas Zimmermann, HafenCity Universität Hamburg, gibt einen Ausblick auf das Forschungsprojekt KLIMZUG-NORD, in dem bis zum Jahr 2014 strategische Handlungsansätze zum Klimawandel in der Metropolregion Hamburg erarbeitet werden sollen. Dieses Leitprojekt der Metropolregion wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und durch die TuTech Innovation GmbH Hamburg & Hamburg Innovation GmbH koordiniert, 80 Partner aus der Region konnten gewonnen werden, u.a. verschiedene Institute der Hochschulen. Disziplinen sind z.B. Meteorologie, Wasserbau, Biologie, Architektur sowie Stadt- und Regionalplanung.

Wichtigste Ziele des Vorhabens seien das Quantifizieren der Klimaveränderungen in der Metropolregion Hamburg, das Weiterentwickeln von Techniken, Methoden und Verfahren und der Dialog zwischen Wissenschaft, Behörden und Öffentlichkeit. Ein Masterplan für das Klimafolgen-Management soll entstehen.

Ein Kern des Vorhabens ist die Zusammenarbeit mit den Akteuren aus der Region, um einerseits auf Erfahrungen aufbauen zu können, andererseits aber auch entwickelte Verfahren und Projekte auf ihre Praxistauglichkeit prüfen zu können. Herr Zimmermann kündigt für das Jahr 2010 Workshops an, zu denen rechtzeitig eingeladen werden soll. Im Frühjahr soll es zunächst um Szenarien, Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Metropolregion Hamburg gehen, bevor im Winter dann regionale und teilräumliche Konzepte entwickelt und diskutiert werden sollen.

4.2. Meinungsbild

In den Pausen wurden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer um ein Meinungsbild zu zwei Fragen gebeten. Die Antworten dienen als Anhaltspunkte für die weitere Arbeit der Metropolregion Hamburg in den Feldern Klimaschutz und Klimawandel.

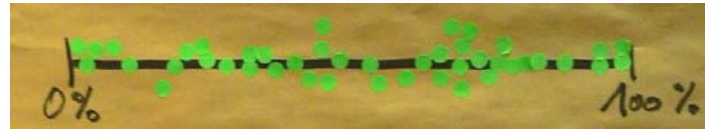
Das Ergebnis der ersten Frage zeigt eine große Bandbreite der Antworten zur Frage:

- Wie sehr sind die Themen Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Ihrer Gemeinde bzw. Ihrem Arbeitsbereich angekommen?

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Bei dieser Frage geht es um die Benennung der Intensität, mit der das Thema in den Arbeitsfeldern der Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz angekommen ist.



überhaupt nicht angekommen

voll angekommen

Bei der zweiten Frage zeigt sich der Bedarf, für die konkreten Ebenen der räumlichen Planungen Checklisten oder anderen Hilfestellungen zu entwickeln. Dem Erfahrungsaustausch wird ebenfalls eine große Bedeutung zugesprochen. Auf die Frage

- Welche Handlungsfelder erachten Sie für die Metropolregion als besonders wichtig, um Klimaschutz / Anpassung an Folgen des Klimawandels in der Metropolregion Hamburg voranzubringen?

wurden folgende Nennungen gezählt:

- Checkliste Bauleitplanung und Landschaftsplanung – Climate Proofing: 26 Nennungen
- Austauschen guter Beispiele auf den Ebenen Bauleit- und Landschaftsplanung: 19
- Handlungsansätze auf der Ebene der Regionalpläne: 15
- Wassermanagement: 13
- Austausch über den Umgang mit Baubestand: 9



4.3. Abschlussdiskussion

Frau Böcker eröffnet die Abschlussdiskussion und bittet die Teilnehmenden um Statements, insbesondere zu den jeweiligen Handlungsspielräumen für die Stadt- und Regionalplanung sowie zu Instrumenten und Stolpersteinen bei der Umsetzung von Klimaschutzzielen in der Metropolregion Hamburg.

Handlungsspielräume und Partner

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachkonferenz sehen vielfältige Handlungsgrundlagen und Handlungsspielräume. Auf allen Ebenen der räumlichen Planung – der Landes-, Regions- und Gemeindeebene – besteht Gestaltungsspielraum, der im Sinne des Klimaschutzes genutzt werden kann. Konsequentes und fachlich integriertes Handeln auf allen Maßstabsebenen der Metropolregion Hamburg ist gefragt, um insgesamt zu einem möglichst hohen Beitrag zum Klimaschutz zu kommen.

Herr Dr. Augustin bezeichnet den finanziellen Handlungsspielraum von Hamburg Wasser als recht groß, angewiesen sei das Unternehmen allerdings auf die Kooperationsbereitschaft und die Fachkenntnisse lokaler Akteure vor allem in den Hamburger Bezirksverwaltungen.

Herr Jäkel stellt fest, dass angesichts begrenzter finanzieller und personeller Mittel das Verwaltungshandeln auf Pflichtaufgaben reduziert würde. Strategisches und interdisziplinäres Handeln gelte als Kür und werde von Verwaltungsspitze und Politik oftmals in Frage gestellt.

Vor diesem Hintergrund hält es Herr Schmid für wichtig, dass ein politischer Grundsatzbeschluss zu Klimaschutzzielen erfolgt, der auch die Verwaltung bindet. In der Stadt Ludwigsburg seien derartige Ziele als Teil des Stadtentwicklungskonzepts beschlossen worden.

Frau Takla-Zehrfeld hebt die Notwendigkeit einer ressortübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungsplanung hervor. Mit der Erarbeitung des ISEK würde der fachliche Austausch geübt und vertieft; im Mittelpunkt stehe eher der integrative Prozess als das formelle Planungsinstrument. Dabei sollte auch auf die Wirtschaftlichkeit klimarelevanter Maßnahmen hingewiesen werden.

Herr Prof. Dr. Koziol hält die Überzeugungsarbeit gegenüber den politischen Entscheidern für die wichtigste Herausforderung von Stadt- und Regionalplanern im Themenfeld Klimaschutz und Klimawandel. Hilfreich wäre dabei, wenn Planer sich auf ökonomische Argumentationslinien einlassen, z.B. Zusammenhänge zwischen Klimaschutz und der Reduktion von Betriebskosten für öffentliche Infrastruktur.

Auch Herr Scheppelmann sieht in der politischen Implementierung und Durchsetzung von Klimaschutzmaßnahmen noch ein großes Defizit. Strategien und Maßnahmen seien längst entwickelt, bei politischen Entscheidungsträgern fehle jedoch oftmals der Wille zur Umsetzung. Dementsprechend müssten Planerinnen und Planer kontinuierlich Argumente liefern, die einen Beitrag zur Information und Überzeugung der politischen Entscheider leisten.

Frau Domin wünscht sich auch weiterhin eine fachliche Unterstützung vor allem der Hochschulen in Fragen des Klimaschutzes und Anpassungsstrategien zum Klimawandel.

Herr Zimmermann sieht die Aufgabe der Hochschulen darüber hinaus auch darin, die Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen und Akteure aus Politik und Verwaltung der drei Bundesländer weiter zu fördern.

Leitbilder der Stadt- und Regionalplanung, Planungspraxis

Zu Leitbildern und Instrumenten wurden im Verlauf der Fachkonferenz zahlreiche Aussagen festgehalten, die Teilnehmer der Abschlussrunde betonen folgende Aspekte:

Frau Domin bezieht sich insbesondere auf das Achsenkonzept zur Steuerung der Siedlungsentwicklung in der Region und unterstreicht den Wert der damit verbundenen Grundsätze auch im Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Sie bezeichnet die Umsetzung dieses Leitbilds als grundsätzlich erfolgreich. Möglich wäre nun ein strategischer Handlungsrahmen zum Klimaschutz in der Metropolregion Hamburg, damit könnte auf das Regionale Entwicklungskonzept (REK) aus dem Jahr 2000 aufgesetzt werden. Das REK sei auch heute noch in Form der verbindlichen Regionalpläne handlungsleitend.

Herr Meier fordert in diesem Zusammenhang die Sicherung von Freiflächen für Gewässer und Hochwasserschutz.

Nach Auffassung von Herrn Jäkel könnte das Umland Hamburgs noch stärker als Kompensationsraum für die dicht bebaute Großstadt aufgefasst werden.

Herr Teichmann setzt auf einen Mix aus informellen und formellen Instrumenten auf allen Ebenen der räumlichen Planung. Die Bauleitplanung allein als formelles Instrument reiche bei weitem nicht aus, um Klimaschutzziele zu erreichen. (Städtebauliche) Verträge stellen ein weiteres Mittel zur verbindlichen Umsetzung der Ziele dar.

Herr Prof. Dr. Koziol weist auf die aktuell von zahlreichen Kommunen erstellten Klimaschutzkonzepte hin, die in der Regel unabhängig von Flächennutzungsplänen und Stadtentwicklungskonzepten erarbeitet würden. Anzustreben sei jedoch eine Integration der Klimaschutzkonzepte in die Stadtentwicklungsplanungen.

4.4. Schlusswort

Herr Hansen dankt allen Mitwirkenden für die rege Teilnahme an der Fachkonferenz. Er betrachtet die Konferenz als Auftakt für eine strategische Auseinandersetzung mit den Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel auf der Ebene der Metropolregion Hamburg.

Er nimmt eine große Aufgeschlossenheit wahr, sich mit diesen Themen zu beschäftigen – dies gelte sowohl für die hoch verdichteten Teile der Metropolregion wie auch für die ländlichen Räume. Allerdings fehle ein gemeinsames Handlungsziel wie z.B. „Saubere Ostsee“.

Auch im politischen Raum seien Fragestellungen des Klimawandels durchaus erkannt. Es komme darauf an, dies zu nutzen, um Klimaschutzziele für die Metropolregion in konkrete Maßnahmen und Projekte zu überführen und gemeinsame Visionen bzw. Leitbilder zu entwickeln. Herr Hansen hält eine Teilfortschreibung und Ergänzung des REK 2000 um ein „Leitbild Klima“ mit konkreten Zielformulierungen für erstrebenswert.

Vielfältige Ansatzpunkte seien im Rahmen der heutigen Veranstaltung zur Sprache gekommen, es sei schwierig, die entscheidenden Akteure der Metropolregion einzubinden und „mitzunehmen“.

Er weist darauf hin, dass auch Fördermittel der Länder vorhanden seien, um Maßnahmen finanziell zu unterstützen, die im Sinne von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel seien.

Klassische Instrumente der Stadt-, Regional- und Landesplanung seien auch mit geänderten Vorzeichen weiterhin gut nutzbar. Ihre Anwendung könne jedoch in vielen Fällen noch stringenter sein. Oftmals seien die Instrumente und Maßnahmen auch noch recht sektoral, die fachübergreifende Betrachtung könne noch verbessert werden. Anhaltspunkte zu einem integrierten Instrumentenkasten gibt u.a. das vorgestellte Papier der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO).

Leitfäden zu räumlichen Strategien vor dem Hintergrund des Klimawandels seien inzwischen in großer Zahl veröffentlicht. Für die praktische Arbeit in den Kommunen seien regionalisierte Daten und Prognosen wünschenswert. Dadurch würde für jeden einzelnen Teilraum sichtbar, wie sich die Rahmenbedingungen geändert haben und noch ändern werden.

Eine gemeinsame Regionalplanung für die Metropolregion Hamburg sei sicher auch im Sinne eines abgestimmten Handelns des Klimaschutzes. Eine Regionalplanung über die Grenzen von drei Bundesländern hinweg aus einer Hand sei allerdings nach seiner Einschätzung auf absehbare Zeit nicht realistisch. Um so wichtiger seien Veranstaltungen wie die heutige, in der ein Austausch von Fachleuten der Metropolregion erfolgt.

Ergebnisse der Fachkonferenz werden innerhalb der Facharbeitsgruppen und dem Lenkungsausschuss aufgegriffen und vertieft. Auch eine Zusammenarbeit mit den Akteuren des Projektes KLIMZUG NORD begrüßt er ausdrücklich.



Schlusswort von Herrn Hansen

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

■ Teilnehmende der Fachkonferenz

Andrea	Angerer	Landkreis Soltau-Fallingb.ostel
Kim	Augustin	Hamburg Wasser
Nicola	Beck	ELBCAMPUS
Björn	Beermann	GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Christin	Bernhold	Verein zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung
Maja	Berghausen	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Thomas	Bisanz	
Lutke	Blecken	Institut Raum & Energie
Martina	Boetticher	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Ulrich	Boner	NABU Kreisverbund Landkreis Harburg
Sabine	Bortz	Stadt Reinbek
Mone	Böcker	Raum + Prozess
Fritz	Bredfeldt	Stadt Bad Bramstedt
Jürgen	Cassier	Landkreis Rotenburg Amt für Naturschutz
Sonja	Deppisch	HafenCity University Hamburg
Michael	Digel	Stadt Buxtehude. FG 30
Beate	Domin	Innenministerium Schleswig-Holstein
Ruth	Drügemöller	Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N.
Silke	Faber	Stadt Elmshorn
Birgit	Farnsteiner	Klimaschutz-Koordination
Margarethe	Fethke	NABU Buchholz i.d.N.
Kurt	Freitag	NABU Buchholz
Jannes	Fröhlich	HafenCity Universität Hamburg
Robin	Ganser	University of Applied Sciences Lübeck
Julia	Garten	
Dietmar	Giersberg	Landkreis Ludwigslust
Ingo	Grandel	BSU, Amt für Verkehr und Straßenwesen
Birgit	Gutt	Regierungsvertretung Lüneburg
Thomas	Haarhoff	Kreis Stormarn, Leiter Fachdienst Wasserwirtschaft
Sabine	Hain	Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Gert	Halbauer	Bezirksamt Hamburg- Nord
Tobias	Hanisch	Universität Göttingen
Ernst	Hansen	Land Schleswig-Holstein, Innenministerium
Ute	Herrmann	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Jörgen	Heuberger	Amt Breitenburg
Peter	Hoffmann	Meteorologisches Institut Universität Hamburg
Birgit	Hohberg	TuTech Innovation GmbH
Zheng	Hu	HafenCity Universität Hamburg
Thomas	Jacob	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Burkhard	Jäkel	Landkreis Lüneburg

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Ole	Jochumsen	BPW Hamburg
Felix	Kalkowsky	HafenCity Universität Hamburg
Burkhard	Kalliefe	Landkreis Lüneburg
Peter	Kirschner	Universität Hamburg
Thomas	Kiwitt	Verband Region Stuttgart
Jörg	Knieling	HafenCity Universität Hamburg
Hartwig	Knoche	Kreis Segeberg
Christine	Koretzky	Hansestadt Lübeck, Stadtplanung
Matthias	Koziol	BTU Cottbus
Tobias	Kraft	Verein zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung
Nicolai	Krolzik	HafenCity Universität Hamburg
Elke	Kruse	HafenCity Universität Hamburg
Lisa	Kunert	HafenCity Universität Hamburg
Cornelius	Laaser	Ecologic Institute
Stephan	Lau	Stadt Buchholz i.d.N.
Carolin	Lemm	TuTech Innovation GmbH, KLIMZUG-NORD
Ingrid	Ley	Hansestadt Lübeck, Stadtplanung
Klaus	Lieberknecht	Stadt Wedel, Bauen und Umwelt
Ursel	Lünsmann-Pielke	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Wolfgang	Meier	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Gerald	Meyer	Gemeinde Seevetal
Wiebke	Miller-Voß	AC Planergruppe, Stadtplaner, Architekten
Klaus	Moseleit	Metropolregion Hamburg
Torsten	Neck	Kreisverwaltung Stormarn
Jan	Oelker	HafenCity Universität Hamburg
Torsten	Obst	Landkreis Ludwigslust, FD Kreisentwicklung und Bildung
Katja	Oldenburg	Stadt Pinneberg
Claudia	Riemenschneider	Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht
Joachim	Roemer	Amt für Geoinformation
Tatjana	Rosengrün	BPW Hamburg
Karsten	Runge	Leuphana Universität Lüneburg
Jörg	Ruschmeyer	Gemeinde Stelle
Constanze	Rüdinger	Landkreis Rotenburg Amt für Naturschutz
Thomas	Saunus	Gemeinde Neu Wulmstorf
Dörte	Schachtschneider-	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
	Baum	
Rainer	Scheppelmann	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Reinhard	Schier	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Hans	Schmid	Bürgermeister Stadt Ludwigsburg
Wenke	Schönfelder	Hamburg Wasser
Wilhelm	Schulte	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Klimaschutz und Klimawandel: Konsequenzen für Planungspraxis in Region und Kommune

Dokumentation der Fachkonferenz am 10. November 2009

Carl-Heinz	Schulz	Kreis Herzogtum Lauenburg
Thomas	Schulz	Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Philipp	Schuster	HafenCity Universität Hamburg
Jürgen	Schwarz	Landkreis Lüchow-Dannenberg
Christof	Seeck	Landkreis Uelzen
Guido	Sempell	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Bernd	Sengstock	Senatskanzlei/ Planungsstab PL 31
Dominika	Sikora	GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Kurt	Soeffing	Stadt Bad Oldesloe, Planung-Umwelt
Michael	Stellet	Land Schleswig Holstein
Andrea	Stahl	Bezirksamt Bergedorf, Stadtplanung
Alexander	Stark	Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg
Jörg	Steinborn	Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade
Claudia	Takla-Zehrfeld	Stadt Norderstedt
Marzena	Tegos	
Hartmut	Teichmann	Kreis Pinneberg
Ulrike	Thiessen	Landkreis Cuxhaven
Thomas	Tilly	Landkreis Cuxhaven
Almut	Tobola	GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Nikoleta	Toshkova	HafenCity Universität Hamburg
Siegrun	van Bernem	Hansestadt Stade
Michael	Viehhauser	Regionplanekontoret Stockholm
Hilke	von der Reith	Agentur für Wirtschaftsförderung Cuxhaven
Christiane	Vogt	Landkreis Harburg, Kreisentwicklung / Wirtschaftsförderung
Anja	Vratny	Kreisverwaltung Pinneberg, Fachdienst Umwelt
Thomas	Wachter	Leuphana Universität Lüneburg
Joachim	Wahlbrink	Stadt Buchholz i.d.N.
Anja	Wangemann	Verein zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung
Jürgen	Weinhold	Landkreis Lüchow-Dannenberg
Birgit	Weißborn	Landkreis Stade -Planungsamt-
Carola	Wellmann	Bezirksamt HH-Nord, Landschaftsplanung
Harry	Welschinger	BSU, Amt für Verkehr und Straßenwesen
Dietrich	Westphal	Gemeinde Stelle
Mareike	Wierzoch	BPW Hamburg
Klaus	Windgassen	Behörde für Kultur, Sport u. Medien
Volker	Ziedorn	Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel
Juliane	Ziegler	Hamburg Wasser
Thomas	Zimmermann	HafenCity Universität Hamburg
Carl-Heinz	Schulz	Kreis Herzogtum Lauenburg